

Schule und allgemeine Bildungsfragen

1. Kindertagesstätten sollen nach dem Willen vieler Bildungspolitiker zu "Bildungseinrichtungen" ausgebaut werden. Hierzu bedarf es einer verbesserten Aus- und Weiterbildung der Erzieher, gezielter Elternarbeit sowie der Beratung und Förderung der Kinder. Besondere Begabungen oder Entwicklungsverzögerungen können bei Kindern so frühzeitig erkannt und gefördert werden.

Frage: Welche Pläne haben Sie, um die vorschulische Bildung auszubauen?

Antwort:

Ein früher Kitabesuch fördert die Entwicklung aller Kinder. Sie lernen den Umgang mit anderen Kindern, bekommen neue Anregungen und erkunden eine neue Welt. Kitas ermöglichen frühe Förderung, das verschafft allen Kindern einen besseren Start ins Leben und sorgt für mehr Chancengleichheit.

Besonders profitieren benachteiligte Kinder. Ein mehrjähriger Kitabesuch schafft es, elternhausbedingte Startschwierigkeiten auszugleichen und sorgt für einen guten Schulbeginn. Das ist das Ergebnis einer Bildungsstudie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Mai 2008.

Aus diesen Gründen wollen wir jedem Kind ermöglichen, eine gute Kita oder eine gute Tagesmutter bzw. einen guten Tagesvater zu besuchen, und das möglichst früh. In den letzten fünf Jahren haben wir für den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung gesorgt. Jetzt folgt für uns der zweite Schritt: die Verbesserung der Betreuungsqualität. Dazu brauchen wir einen besseren Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege, der bundeseinheitlich geregelt werden sollte. Außerdem wollen wir die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern verbessern.

Darüber hinaus wollen wir die vollständige Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung. Denn die Teilhabe an Kinderbetreuung und damit an Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Damit die Gebührenfreiheit verwirklicht werden kann, wird sich der Bund finanziell beteiligen.

Außerdem wollen wir den Rechtsanspruch ausweiten zu einem Anspruch auf einen Ganztagsplatz.

Unser Ziel ist schließlich, alle Kitas zu Eltern-Kind-Zentren weiterzuentwickeln und so zu zentralen Anlaufstellen für Familien zu machen. Hier können Kind wie Eltern gleichermaßen gebildet, gefördert und unterstützt werden. Das baut Überforderungen ab und macht aus Eltern starke und kompetente Entwicklungsbegleiter für ihre Kinder.

Wie wollen wir das verwirklichen? Hierbei sind wir auf die Bundesländer angewiesen. Deshalb wollen wir eine ständige Nationale Kinderkonferenz einrichten, auf der Bund und Länder verbindliche Maßnahmen für bessere Lebensbedingungen unserer Kinder gemeinsam vereinbaren.

2. Ein wesentliches Ziel deutscher Bildungspolitik ist die gezielte Förderung von Begabungspotenzialen bei Schülern. Hierzu ist eine umfassende Fortbildung und Beratung von Lehrkräften in den Grund- und Sekundar-/Oberschulen notwendig, ebenso eine gezielte Förderdiagnostik und Beratung der Schüler und Eltern.

Frage: Welche Pläne haben Sie, um die Begabungsförderung an deutschen Schulen zu verbessern?

Antwort:

Begabungen können sich nur entfalten und in besonderen Leistungen zum Ausdruck kommen, wenn mehrere Voraussetzungen positiv zusammenwirken.

In ganz entscheidendem Maße gehört dazu ein förderliches und förderndes Umfeld, das vielfältige Anregungen und Lernmöglichkeiten bereit hält und Kinder dabei unterstützt, ihre Lern- und Leistungsbereitschaft, ihre Neugierde und Motivation zu entwickeln.

Schulen sind hier in besonderer Weise gefordert. Sie müssen in die Lage versetzt werden, optimale Lernbedingungen und beste individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler anzubieten. Strukturell gehört dazu auch ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen, um Zeit und Raum zu schaffen, um besser auf die unterschiedlichen Stärken, Interessen und Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Es obliegt der Verantwortung der Länder, die Begabungspotenziale der Kinder und Jugendlichen in der Schule optimal zu fördern, ihnen exzellente Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben und die Begabtenförderung an den Schulen weiter zu verbessern.

Anders als in den Bereichen der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung erschöpfen sich die Kompetenzen des Bundes bei der schulischen Begabtenförderung vor allem auf die Unterstützung von Wettbewerben wie etwa „Jugend forscht“ und auf die wissenschaftliche Begleitung der Schulpolitik. Daneben fällt es in den Aufgabenbereich des Bundes, soziale Benachteiligungen auszugleichen, damit die Möglichkeiten zur Entfaltung von Begabungspotenzialen möglichst nicht durch soziale Hürden eingeschränkt werden. So setzt sich die SPD etwa für eine deutliche Ausweitung des Schüler-BAföG ein, um das Erreichen höherer Schulabschlüsse von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.

- 4 Rund 10 % der Schülerinnen und Schüler in Deutschland verlassen die Schule ohne Schulabschluss. In der Lese- und Rechenkompetenz befinden sich nach den aktuellen Pisastudien rund 25 % der Schüler auf der unteren Kompetenzstufe. Die pädagogischen und sozialen Folgekosten von Schulversagen sind ebenfalls hoch.

Frage: Welche Pläne haben Sie, um die Zahl der Schulversager und Schulabbrecher zu reduzieren? Welche Pläne haben Sie, um die von dieser Problematik besonders betroffene Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern?

Frage: Welche Pläne haben Sie, um die Kooperation von Schule und Jugendhilfe, von psychologischen und psycho-sozialen Fachdiensten und Beratungslehrern an deutschen Schulen zu verbessern?

Antwort:

Unser erstes und wichtigstes Ziel wird sein, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass jährlich 70.000 bis 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Daher streben wir klare Zielvereinbarungen an, um die Zahl der Schulabbrecher jährlich um mindestens 10% zu senken.

Unser Ziel ist ein sozial gerechtes, inklusives, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Um die Zahl der Schulabbrecher dauerhaft zu reduzieren kommt es entscheidend darauf an, alle Kinder

so früh wie möglich gut und individuell zu fördern, um für mehr Chancengleichheit zu sorgen, Benachteiligungen aufgrund der sozialen oder ethnischen Herkunft auszugleichen und ein höheres Leistungsniveau aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Außerdem brauchen wir mehr Angebote und Rechtsansprüche für zweite und dritte Chancen.

Wir wollen Kinder so früh wie möglich individuell fördern. Wir werden die frühkindliche Bildung und Betreuung weiter verbessern. Im Mittelpunkt stehen der bedarfsgerechte Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote und die Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten. Dabei geht es uns auch um die frühe Stärkung personaler, sozialer, kognitiver, körperlicher und motorischer Kompetenzen. Insbesondere Kinder mit Sprachdefiziten, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, müssen so früh wie möglich individuell gefördert werden. Alle Kinder müssen mit guten Startchancen in die Schule kommen. Wir wollen die Schulvorbereitung in der Kita stärken und eine verbindliche Zusammenarbeit von Kita und Schule vereinbaren bis hin zu einem gemeinsamen "Haus der frühen Bildung", damit wichtiges Wissen über die Kinder nicht bereits am Übergang zwischen den ersten beiden Bildungsinstitutionen verloren geht.

Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Die strukturell bedingte soziale Selektivität des Schulsystems muss überwunden werden. Daher wird sich die SPD weiterhin für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Das gegliederte Schulwesen wollen wir langfristig überwinden, weil es Kindern viel zu früh Chancen entzieht und Wege verbaut. Dafür brauchen wir einen neuen Bildungskonsens für gute Schule in Deutschland, der Schluss macht mit der extremen Zersplitterung der Schulsysteme.

Ganztagschulangebote bieten mehr Zeit und Raum für die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Die SPD will das Ganztagschulangebot daher bundesweit flächendeckend ausbauen.

Schulen, die besondere Integrationsleistungen erbringen, müssen mehr Unterstützung erhalten. Jede Schule mit besonderem Bedarf soll mindestens eine/n Schul-Sozialarbeiter/in erhalten.

Wir werden das Schüler-BAföG wieder stark machen. Denn es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, wer Abitur machen kann und wer nicht. Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen ab ihrem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe finanziell unterstützt werden.

Wir werden uns mit Nachdruck für die Verbesserung der Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten (siehe Antwort auf Frage 9) sowie von Menschen mit Behinderung (siehe Antwort auf Frage 6) einsetzen. Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Ausgrenzung ist keine Lösung, das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren. Wir werden dafür eintreten, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen. Viele Kinder mit Migrationshintergrund sind in unserem Bildungssystem immer noch erheblich benachteiligt. Bildungs- und Integrationspolitik müssen viel stärker als bisher zusammen geführt werden.

Wer es beim ersten Anlauf nicht geschafft hat, braucht Angebote für und Ansprüche auf zweite und dritte Chancen. Wir wollen den Jugendlichen das Recht geben, einen Schulabschluss nachzuholen.

Die SPD ist der Überzeugung, dass wir in Deutschland insgesamt einen neuen Bildungsaufbruch brauchen. Dazu gehört auch, mehr Geld in die Bildung zu investieren

und in unserem föderalen Staatswesen ebenenübergreifend besser zusammenzuarbeiten:

Gute Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Daher werden wir massiv in Bildung investieren. Beim Bildungsgipfel von Bund und Ländern haben wir die Festlegung durchgesetzt, bis 2015 mindestens 7% des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und 3% in Forschung und Entwicklung zu investieren. Diesem Ziel verpflichten wir uns.

Gleichzeitig treten wir dafür ein, dass die Gesellschaft mehr Geld für Bildung mobilisiert. Dabei müssen die starken Schultern mehr tragen als die schwachen. Wir werden deshalb einen Bildungssoli einführen, d.h. wir werden den Spitzensteuersatz um 2% auf 47% erhöhen. Damit steht jährlich gut 2 Milliarden Euro mehr für die Bildung zur Verfügung.

Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen wird nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund aufbauend auf dem Ganztagschulprogramm der rot-grünen Bundesregierung im Rahmen der Jugendhilfe ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit auflegt. Unser Ziel ist es, dass an allen Schulen, die besondere Integrationsleistungen zu erbringen haben, mindestens ein oder eine Schulsozialarbeiter/in tätig ist.

Wirtschaft und Arbeit

1. Der demografische Wandel führt in der deutschen Arbeitsgesellschaft zu einem Mangel an Fach- und Nachwuchskräften und bedroht damit den Produktions- und Wissensstandort Deutschland. Auf der anderen Seite sind große Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung nicht verfügbar bzw. erhalten aufgrund restriktiver Rahmenbedingungen keinen oder nur einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt (Alleinerziehende, Migranten, Jüngere ohne Bildungs-/Berufsabschluss, ältere Arbeitslose).

Frage: Welche Pläne haben Sie, um die Rahmenbedingungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern und derzeit "brachliegendes" Humankapital für den deutschen Arbeitsmarkt besser nutzbar zu machen?

Antwort:

Eine der größten Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik wird die Sicherung des Fachkräftebedarfs werden. Dazu hat die SPD ein umfangreiches Programm vorgelegt.

Wer die Fachkräftebasis von morgen sichern will, muss heute die Teilhabechancen der Menschen verbessern, für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem sorgen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung eröffnen. Es gilt, alle Potenziale in unserer Gesellschaft optimal auszuschöpfen. Dazu gehören für uns auch die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt, eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten, die bereits in Deutschland leben. Zugleich ist für die langfristige Absicherung der Fachkräftebasis in Deutschland auch qualifizierte Zuwanderung notwendig.

Für die SPD sind unter anderem folgende Ansätze wichtig, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen:

Wir wollen, dass alle Jugendlichen einen Berufsabschluss oder Abitur haben. Daher fordern wir eine Ausbildungsgarantie für alle, die Anfang 20 sind und weder Abitur noch eine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Wir wollen eine Weiterbildung mit System und Rechtsansprüchen. Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen ist in Deutschland mit 43 Prozent zu gering.

Wir wollen sie bis 2015 auf mindestens die Hälfte erhöhen.

Insbesondere sollen Geringqualifizierte verstärkt an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Wir wollen, dass mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können.

Für gleichwertige Arbeit müssen gleiche Löhne gezahlt werden. Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird.

Wir setzen uns weiter für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung und des Ganztagschulangebotes weiter fortsetzen.

Wir werden wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten einschließlich der Sprachförderung und der Anerkennung ihrer ausländischen Qualifizierungen kümmern. Viele Einwanderer sind gut ausgebildet, müssen aber erleben, dass ihre Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden. Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen, planen wir ein Anerkennungsgesetz, auf dessen Grundlage jeder nach spätestens sechs Monaten weiß, welche seiner im Ausland erworbenen Abschlüsse auch bei uns anerkannt werden.

Deutschland muss auch für ausländische Fachkräfte attraktiver werden. Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Wir wollen den Arbeitsmarkt für ausländische Akademikerinnen und Akademiker, Absolventen deutscher Auslandsschulen und Bildungsinländer weiter offen halten.

2. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist trotz großer Anstrengungen (Elterngeld, Einrichtung zusätzlicher Kita-Plätze) nach wie vor unbefriedigend gelöst. Es fehlen weiterhin Einrichtungen für Klein- und Kleinstkinder wie z.B. arbeitsplatznahe Kinderbetreuungen sowie flächendeckende Einrichtungen und Infrastrukturen wie z.B. Ganztagschulen zur Unterstützung einer schnellen beruflichen Reintegration der berufstätigen Mütter und Väter nach der Elternzeit.

Gleiches gilt für Rahmenbedingungen und Unterstützungsangebote pflegender Berufstätiger.

Frage: Welche Pläne haben Sie, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie pflegender Berufstätiger zu unterstützen?

Antwort:

Zur optimalen Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine bessere Unterstützung pflegender

Berufstätiger erforderlich. Familien brauchen familienfreundliche Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Dazu zählen ein gutes und bedarfsdeckendes Kinderbetreuungsangebot und ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen, aber auch gute Rahmenbedingungen für die Pflege von Angehörigen. Neben den familienpolitischen Initiativen, wie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, die wir durchgesetzt haben, wollen wir auch den Ausbau von Betriebskindergärten weiter vorantreiben.

Ein Markenzeichen der SPD ist der bedarfsdeckende Ausbau von Kitas und Ganztagschulen. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz haben wir bereits 2005 den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland endlich ein ausreichendes und gutes Angebot an Kinderbetreuung geschaffen wird.

Gesetzliches Ziel sind 230.000 Plätze bis 2010. Der im Sommer 2007 beschlossene bedarfsdeckende Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Meilenstein für die deutsche Familienpolitik. Der Bund wird sich dauerhaft an den Betriebskosten des Betreuungsangebots beteiligen. So kann die Zahl der Betreuungsplätze auf 750.000 im Jahr 2013 gesteigert werden.

Damit jedes Kind die Möglichkeit hat, einen KiTa-Platz zu bekommen, haben wir den Rechtsanspruch durchgesetzt. Alle Eltern haben die Garantie auf einen Platz für ihr Kind, der Rechtsanspruch wird ab 2013 für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag gelten. Länder und Kommunen können den Rechtsanspruch nur gewähren, wenn sie genügend Plätze schaffen. Damit das klappt, bekommen sie schon seit 2008 jährlich eine kräftige finanzielle Unterstützung vom Bund.

Weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Ganztagschulen und das Elterngeld. Weitere Reformschritte sollen die Verbesserung der Betreuungsqualität und ein besserer Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege sein. Dieser soll bundeseinheitlich geregelt werden.

Außerdem wollen wir die vollständige Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung. Damit die Gebührenfreiheit verwirklicht werden kann, wird sich der Bund finanziell beteiligen.

Das Angebot an Ganztagschulen soll weiter verbessert werden. Unser Ziel ist ein flächendeckender Ausbau. Die SPD will das Ganztagschulangebot bundesweit flächendeckend ausbauen.

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reicht es nicht, nur Kitas und Ganztagschulen auszubauen. Auch die Gestaltung der Arbeitswelt ist dafür entscheidend. Eltern dürfen nicht in die Mühlen zwischen Anforderungen des Arbeitgebers und Bedürfnissen ihrer Kinder geraten.

Unter dem Dach der ?Allianz für die Familie? hat die damalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt deshalb im Jahr 2003 Initiativen gebündelt, damit eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt gelingt. Starke Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Politik setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine neue Unternehmenskultur und Gestaltung der Arbeitswelt ein. Die ?Allianz für die Familie? basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft mehr Kinder, unsere Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte und unsere Kinder eine frühe Förderung brauchen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Allianz für Familie auch unter der Großen Koalition fortgesetzt wurde.

Die Politik hat gehandelt, aber die Unternehmen sind auch selbst in der Verantwortung. Sie müssen in ihren Betrieben zuallererst für familienfreundliche Arbeitsbedingungen

sorgen. Und die Palette ist groß. Sie reicht von der flexiblen Arbeitszeitgestaltung über Eltern-Kind-Büros bis zur Notfallbetreuung.

Viele Unternehmen haben sich auf Familienfreundlichkeit eingestellt.

Sie wissen, dass sie auf gut ausgebildete Frauen angewiesen sind. Und sie wissen auch, dass sich Familienfreundlichkeit rechnet. Doch einen Durchbruch schaffen wir erst, wenn Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit flächendeckend zu selbstverständlichen Bestandteilen von Unternehmenskultur wird.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik ist die Unterstützung pflegender Berufstätiger. Ein Ziel hierbei ist die Schaffung einer wohnortnahen Infrastruktur für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen.

Der Aufbau einer wohnortnahen Infrastruktur für Familien muss bei der Sozialraumplanung berücksichtigt werden. In einer ?Gesellschaft des längeren Lebens? gilt es, die Teilhabe aller auch am Gesundheitswesen zu sichern. Dazu gehören eine wohnortnahe ambulante Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, die Sicherung der freien Arztwahl und die Stärkung der Zusammenarbeit der ambulant tätigen Haus- und Fachärzte mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Mit der Pflegereform 2008 haben wir die Leistungen für - insbesondere auch an Demenz erkrankte - Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich verbessert und die Grundlagen für mehr Pflegequalität und Transparenz geschaffen. Gerade die ambulante Pflege wird gestärkt durch die neuen Möglichkeiten für Angehörige, bei befristeter Freistellung von der Arbeit die Pflege zu übernehmen (Pflegezeit).

Auch die neue quartiersnahe Pflegeberatung aus einer Hand in den Pflegestützpunkten leistet hierzu einen Beitrag. Die Einführung von zusätzlichen Betreuungsassistentinnen und -assistenten, die Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner betreuen und aktivieren sollen, bringt deutliche Verbesserungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige.

Zusammen mit Ländern und Gemeinden müssen die Hilfen vor Ort in den nächsten Jahren so weiterentwickelt werden, dass für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen überall wohnortnahe Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen und die häusliche Pflege gestärkt werden kann.

3. Ältere Arbeitnehmer gelten als kompetent und erfahren, gleichzeitig aber als nicht mehr produktiv genug. Dies führt nach wie vor dazu, dass ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Gesellschaft vorzeitig in Ruhestand geschickt oder gar stigmatisiert werden, anstatt ihren Kompetenzschatz zu heben und durch geeignete Bildungsmaßnahmen sowie eine altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung zu fördern.

Frage: Welche Pläne haben Sie, ein neues Bild vom "Alter" in Deutschland zu befördern und eine möglichst lange Arbeitsfähigkeit älterer Arbeitnehmer sicherzustellen?

Antwort:

Die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer ist durch ein Mix an Maßnahmen zu fördern insb. im Bereich der beruflichen Weiterbildung, der Gesundheitsprävention, der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Rentenpolitik.

Der Schlüssel zu längerer Erwerbstätigkeit liegt in der fortlaufenden Qualifizierung und

Weiterbildung der Beschäftigten. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung dafür, die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu verbessern. Über eine vorausschauende Personalentwicklungsplanung sind sowohl das Qualifikationsniveau der Beschäftigten als auch alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eine Beschäftigung bis zum Renteneintritt erfordert altersgerechte Arbeitsbedingungen und eine gesundheitsschonende Gestaltung der Arbeitsplätze. Darauf soll mit einer gezielten Förderpolitik hingewirkt werden. Auch die Gesundheitskompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll gefördert werden. Angestrebt werden eine weitere Modernisierung der beruflichen Rehabilitation und eine Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements. In Zukunft bedarf es aber auch der Möglichkeit eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand, der so flexibel wie möglich auszugestalten ist.

Wir wollen die Job-Perspektiven für Ältere verbessern und die Quote der Erwerbstätigen über 55 konsequent erhöhen. Auch zur Deckung des Fachkräftebedarfs ist die Beschäftigung Älterer unumgänglich. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben alle Möglichkeiten, Ältere bis zur Regelaltersgrenze zu beschäftigen. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, Menschen - vor allem in stark belastenden Berufen - die Möglichkeit zu geben, früher aus dem Erwerbsleben zu gehen. Deshalb werden wir die geförderte Altersteilzeit verlängern, die in einer Brückenfunktion jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, einen Job zu bekommen.

Aber auch die Unternehmen sind in der Verantwortung, die Bedingungen für einen längeren Verbleib in Beschäftigung zu schaffen. Dazu ist zunächst das Problembewusstsein für die demographische Entwicklung, die damit verbundenen Anforderungen und den qualitativen Anspruch an humane Arbeitsbedingungen in Unternehmen und Betrieben auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu wecken und zu stärken. Wir brauchen eine aktive Lernkultur in den Unternehmen, gesundheits- und altersgerechte Arbeitsbedingungen und eine starke Einbindung der betrieblichen Arbeitnehmervertreter. Wir werden verstärkt moderne Arbeitsbedingungen fördern. Betriebe können voneinander lernen.

Modellprojekte mit Sozialpartnern, Betrieben und der Forschung sollen helfen, branchenspezifisch gute Lösungen zu entwickeln und aufzuzeigen.

Gesellschaft und Institutionen

3. Die demokratische Gesellschaft lebt vom Engagement und der Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger.

Frage: Was werden Sie unternehmen, um die Mitgestaltungsmöglichkeiten z.B. im Bereich der Bildung zu verbessern?

Antwort:

Es gehört zum Selbstverständnis der SPD, bürgerschaftliches Engagement als einen wichtigen Teil einer solidarischen demokratischen Gesellschaft anzusehen. In unserem Grundsatzprogramm sagen wir deutlich: - Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. - Bürgerschaftliches Engagement ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Für unsere Demokratie ist die lebendige Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger sind notwendiger Bestandteil eines sozialen und starken

Staates. Sie sind auch notwendig für die Bekämpfung von Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit.

Die SPD hat sich in den letzten Jahren für Verbesserungen der engagementpolitischen Rahmenbedingungen stark gemacht. Zu nennen sind beispielsweise die Initiative „Hilfen für Helfer“, die Einführung von generationsübergreifenden Freiwilligendiensten, die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste durch das Jugendfreiwilligendienstgesetz sowie die Aufstockung der Haushaltsmittel und die bessere Förderung von Engagement in der Pflege.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir Engagementpolitik als Querschnittspolitik weiterentwickeln und ressortübergreifend verankern. Engagementpolitik soll als gesellschaftspolitisches Leitbild gestärkt werden.

Die geplante nationale Engagementstrategie der Bundesregierung ist dabei ein wichtiger Baustein. Die dialogische Einbettung dieses Prozesses und die Beteiligung der Bürgergesellschaft sind uns wichtig.

Wir werden uns daher für die Fortführung des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation stark machen.

Als wichtige Ziele für die nächsten Jahre sieht die SPD weitere Erleichterungen im Steuer-, Gemeinnützigkeits-, Spenden- und Vereinsrecht. Der Ausbau der Infrastruktur auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene muss fortgesetzt werden, denn bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation. Infrastrukturen unterstützen das Engagement außerdem mit professioneller Arbeit und ermöglichen eine sachgerechte Qualifizierung.